

Partner oder "Paria"? Syriens Nahostpolitik unter Bashar al-Asad

Bank, André

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bank, A. (2010). *Partner oder "Paria"? Syriens Nahostpolitik unter Bashar al-Asad*. (GIGA Focus Nahost, 6). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Nahost-Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-273992>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Partner oder „Paria“? Syriens Nahostpolitik unter Bashar al-Asad

André Bank

Am 10. Juni jährte sich zum zehnten Mal der Todestag des langjährigen syrischen Präsidenten Hafiz al-Asad. Die erste Vater-Sohn-Nachfolge in einer arabischen Republik hinterließ dem neuen Präsidenten Bashar al-Asad eine große außenpolitische Hypothek: stockende Friedensverhandlungen mit Israel, einen kalten Frieden mit der Türkei, schwierige Beziehungen mit den Golfstaaten sowie ein gespanntes Verhältnis zu den USA und den EU-Staaten.

Analyse

Seit Bashar al-Asad das Präsidentenamt im Jahr 2000 übernommen hat, wird Syrien von der westlichen Welt grundlegend anders wahrgenommen: Bashar – anfänglich als Hoffnungsträger gesehen –, wurde bald zum politischen Paria erklärt, der 2005 unter massivem internationalen Druck seine Armee aus dem Libanon abziehen musste. Erst mit Syriens regionalpolitischem Wiederaufstieg seit 2006 veränderte sich die Wahrnehmung des jungen Präsidenten ansatzweise vom Paria zum möglichen Partner im Nahen Osten.

- Unabhängig von den wechselnden Sichtweisen auf Bashar al-Asad als Hoffnungsträger, Paria oder Partner ist die syrische Außenpolitik seit 2000 strukturell durch Kontinuität gekennzeichnet: Beharren auf Eigenständigkeit und „Widerstand“, vor allem gegenüber Israel und den USA, bei gleichzeitiger Balancepolitik in regionalen Konflikten wie im Irak oder Libanon.
- Syriens gestiegene Bedeutung im Nahen Osten seit 2006 ist dabei weniger Ausdruck einer außenpolitischen Neuausrichtung als vielmehr Resultat des Einflussgewinns seiner Verbündeten Hizballah, Hamas und Iran.
- Den größeren Handlungsspielraum hat Syrien genutzt, um seine regionalen Beziehungen zu diversifizieren; neben neuerlichem Einflussgewinn im Libanon unterstreichen dies die engen Verbindungen zur Türkei und die pragmatischen Beziehungen zu Saudi-Arabien.
- Vor dem Hintergrund dieser für Syrien gegenwärtig günstigen regionalpolitischen Konstellation sind ein Strategiewechsel und insbesondere ein Ende der Allianz mit Hizballah, Hamas und Iran kurz- bis mittelfristig unwahrscheinlich.

Schlagwörter: Syrien, Naher Osten, Außenpolitik, regionale Ordnung, Allianzbildung

1 Parameter der syrischen Außenpolitik

Den zehnten Jahrestag seiner Präsidentschaft am 17. Juli 2010 kann Bashar al-Asad angemessen feiern: innerhalb einer Dekade nach der ersten, quasimonarchischen Nachfolge in einer arabischen Republik ist er aus dem Schatten seines Vaters Hafiz herausgetreten. In der Innenpolitik scheint die autoritär-personalistische Herrschaft, die Bashar al-Asad repräsentiert, trotz temporärer und teils massiver Herausforderungen gegenwärtig konsolidiert. Die interne Stabilisierung hing dabei eng mit dem regionalpolitischen Aufstieg Syriens im Nahen Osten seit 2006 zusammen, der wiederum eine direkte Folge des deutlichen Einflussgewinns seiner Verbündeten in der Region – der libanesischen Hizballah, der palästinensischen Hamas und Irans – darstellt.

Syriens wiedergewonnene, zentrale Position in der nahöstlichen Regionalordnung nach 2006 wurzelt demnach nicht in einer grundlegenden außenpolitischen Neuausrichtung unter Bashar al-Asad. Vielmehr ist die syrische Außen- und Nahostpolitik seit 2000 von einer Kontinuität gekennzeichnet, die auf zwei grundlegenden strategischen Parametern basiert:

Erstens beharrt Syrien auf einer politischen Eigenständigkeit gegenüber externer Einflussnahme und diese Einstellung wird auch von seinen strategischen Verbündeten Iran, Hizballah und Hamas geteilt.¹ Diese für die syrische Außenpolitik kennzeichnende Haltung drückt sich in den letzten Jahren verstärkt in einem Diskurs des „Widerstandes“ (arab. *muqawama*) aus, der gegen die regionalen Hegemonialansprüche der USA und Israels in Stellung gebracht wird (Mohns/Cavatorta 2010: 290) und Parallelen zu den Verlautbarungen von Hizballah und Hamas aufweist (Bank/Valbjørn 2009: 6). Hierdurch gehört Syrien aktuell zu den wenigen arabischen Staaten, deren Außenpolitik von großen Teilen der eigenen wie der gesamten arabischen Bevölkerungen gebilligt wird, was zugleich einen wichtigen Faktor für die Stabilisierung autoritärer Herrschaft „nach Innen“ darstellt.

Zum zweiten ist für die syrische Nahostpolitik auch nach 2000 eine ausgeprägte Strategie des flexiblen Ausbalancierens des amerikanischen und israelischen Einflusses in der Region charakteris-

tisch (Salloukh 2009: 162). Diese Gleichzeitigkeit von Widerstandshaltung und *balancing* erklärt – zusammen mit dem wenig transparenten Entscheidungsfindungsprozess – auch die oft sprunghaft wirkende Formulierung und Implementierung der syrischen Außenpolitik.

Trotz der außenpolitischen Kontinuität unter Bashar al-Asad hat sich im letzten Jahrzehnt die vorherrschende Sichtweise der Regierungen der USA sowie der EU-Staaten auf Syrien gewandelt: Im Zeitraum von 2000 bis 2005 fand ein erster westlicher, vor allem amerikanischer Perspektivenwandel vom anfänglichen Hoffnungsträger zum politischen „Paria“ – einem aufgrund seiner anti-westlichen Haltung als problematischen Außenseiter erachteten Akteur – statt. Seit 2006 verschiebt sich die Wahrnehmung auf Syrien – zumindest partiell – aber wieder vom „Paria“ zum als unerlässlich erachteten Akteur und möglichen Partner des Westens im Nahen Osten. Dieses sich wandelnde Syrienbild vom Hoffnungsträger über den „Paria“ zum möglichen Partner spiegelt den größeren Kontext der Veränderungen im Nahen Osten seit 2000 wider, in den die syrische Außenpolitik eingebettet ist und auf den sie einwirkt.

2 Vom Hoffnungsträger zum „Paria“, 2000-2005

Als Bashar al-Asad am 17. Juli 2000 seine Präsidentschaft antrat, weckte er nicht nur innerhalb Syriens große Erwartungen auf soziale, wirtschaftliche und innenpolitische Reformen. Auch international wurde er als Hoffnungsträger angesehen, der Syrien aus seiner bündnispolitischen Marginalisierung im Nahen Osten herausführen sollte. Die außenpolitische Hypothek war jedoch groß: Im Mai 2000 waren die israelisch-syrischen Verhandlungen gescheitert, bei denen Syrien auf seiner zentralen Zielsetzung einer vollständigen Rückgabe der seit Juni 1967 besetzten Golanhöhen beharrt hatte. Auch ein „Kalter Frieden“ mit der Türkei, nach einem Fast-Krieg 1998, diffizile Beziehungen zu den arabischen Golfstaaten sowie ein schwieriges Verhältnis zu den USA und den EU-Staaten erschwerten die regionalpolitische Ausgangssituation für Bashar.

Der Beginn der zweiten palästinensischen Intifada im September 2000 und der Wahlsieg von Ariel Scharon in Israel im Februar 2001 verhärteten die bereits angespannten israelisch-syrischen Beziehungen weiter. Syrien zeigte sich einerseits un-

¹ Zur länger bestehenden Allianz zwischen Syrien und Iran vgl. ICG (2009a: 8-15).

nachgiebig und harsch in seiner Kritik an Israel, erklärte aber andererseits wiederholt seine Bereitschaft, an den Verhandlungstisch zurückzukehren. Durch die israelisch-palästinensische Gewalteskalation blieb eine Annäherung bis 2008 jedoch aus. Vor dem Hintergrund dieses Stillstands diversifizierte Syrien ab 2000 seine regionalen Beziehungen: Neben Annäherungen an die Türkei, Ägypten, Jordanien und die Golfstaaten baute es seit 2001 auch die wirtschaftlichen Verbindungen zum Irak aus, der seit 1991 unter UN-Sanktionen stand und ebnete den Weg für Verhandlungen über ein Assoziationsabkommen mit der EU. Diese erste Phase der regionalpolitischen Diversifizierung von 2000 bis 2002 erklärt jedoch noch nicht den westlichen Wahrnehmungswandel auf Syrien vom Hoffnungsträger zum politischen „Paria“. Hierfür ist auch weniger die Niederschlagung der innersyrischen demokratischen Reformbewegung, des so genannten Damaszener Frühlings 2001, als vielmehr die grundlegende Neuausrichtung der US-amerikanischen Nahostpolitik unter der Bush-Administration verantwortlich (Hinnebusch 2010: 13 ff.).

In Folge der Terroranschläge vom 11. September 2001 setzte die US-Regierung auf eine Strategie des gewaltsamen Regimewandels im Irak, von dem auch der direkte Nachbar Syrien, der eine Militärintervention vehement ablehnte, unmittelbar betroffen war. Trotz intensiver amerikanisch-syrischer Geheimdienstkooperation nach 9/11 geriet Syrien so ab 2002 zusehends ins Fadenkreuz der Befürworter eines gewaltsamen Regimewechsels im Nahen Osten. Syrien wurde von der US-Administration – ebenso wie Iran – zum „Schurkenstaat“ und politischen „Paria“ der Region erklärt (Beck 2006). Unmittelbar nach dem offiziellen Kriegsende im Irak im Mai 2003 forderte die neokonservative US-Administration von Syrien ein sofortiges Ende seiner Unterstützung der militanten palästinensischen Organisationen Hamas und Islamischer Jihad sowie der libanesischen Hizballah, einen sofortigen Rückzug seiner nach dem Ende des Bürgerkriegs 1990 im Libanon verbliebenen Truppen sowie eine weitreichende Zusammenarbeit mit dem Besatzungsregime im Irak. Da die Erfüllung dieser Forderungen die Preisgabe aller politischen „Trümpfe“ Syriens bei möglichen Verhandlungen mit den USA, Israel oder der EU bedeutet hätte, und die Regierung in Damaskus davon ausging, dass die US-Armee nicht unmittelbar einen neuen Krieg

gegen Syrien beginnen könnte, setzte sie ab Sommer 2003 die Strategie des „flexiblen Ausbalancierens“ um (Salloukh 2009: 163-166): Während die Geheimdienstkooperation mit Washington weitgehend eingestellt wurde, reagierte die syrische Führung situationspezifisch: einmal unterstützte sie den „irakischen Widerstand“, ein anderes Mal trug sie durch schärfere Grenzkontrollen zur relativen Stabilisierung der US-Besatzung im Irak bei.

Auch im Libanon setzte Damaskus nach 2004 seine außenpolitische Balancepolitik fort, wobei Syrien hier – im Vergleich zu seinem Handeln im Kontext des Irakkriegs – massiver unter externen Druck geriet. Anlass der Konflikteskalation war die umstrittene Verlängerung des Mandats des pro-syrischen Präsidenten des Libanon, Emile Lahoud, über den Spätsommer 2004 hinaus. Die syrische Seite schwankte bis zuletzt, ob sie von Ministerpräsident Rafik Hariri eine Mandatsverlängerung für Lahoud verlangen sollte. Dagegen kamen die USA und Frankreich unter Präsident Chirac überein, den syrischen Einfluss im Libanon entscheidend einzuschränken. Auf ihre Initiative ging die UN-Sicherheitsresolution (UNSR) 1559 vom 2. September 2004 zurück, die ein Ende der externen syrischen Einflussnahme in der libanesischen Innenpolitik, eine vollständige Entwaffnung der libanesischen (Hizballah) und nicht-libanesischen (palästinensischen) Milizen und eine Nichtverlängerung der Amtszeit von Lahoud verlangte.² Bereits am Folgetag der Verabschiedung von UNSR 1559 setzte die pro-syrische Mehrheit des libanesischen Parlaments die Mandatsverlängerung für Lahoud dennoch durch.

Die Ermordung des ehemaligen Ministerpräsidenten Rafik Hariri am 14. Februar 2005 verschlechterte die Position Syriens sowohl im Libanon als auch weltweit dramatisch (Salloukh 2009: 168 f.). Die USA, Frankreich und Saudi-Arabien teilen die Sichtweise des Hariri-Lagers, das sich in der „Allianz des 14. März“ zusammengeschlossen hatte, wonach Syrien die Schuld an der Ermordung Hariris treffe. Syrien wurde daher gezwungen, seine Truppen vollständig aus dem Libanon abzuziehen. Der forcierte Truppenabzug und die Etablierung der internationalen Hariri-Untersuchungskommission, die anfänglich klar von einer syrischen Involvierung ausging, markierten ein politisches Debakel für Präsident Asad, das sich

² Vgl. <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/N04/498/92/PDF/N0449892.pdf?OpenElement> (15.6.2010).

selbst innerhalb der syrischen Elite in Putschdrohungen ausdrückte. Nachdem Asad seine interne Position über Personalwechsel wieder gefestigt hatte, konnte er im Libanon von der Anfang 2006 neu etablierten Allianz aus Hizballah und der Bewegung des einflussreichen, christlichen Ex-Generals Michel Aoun profitieren, die zusammen eine Dominanz der anti-syrischen „Allianz des 14. März“ verhinderten. Ihr gelang es zudem, eine Vetomacht in den zentralen politischen Entscheidungen zu erlangen, um hierdurch auch die Ernennung eines anti-syrischen Präsidentschaftskandidaten zu verhindern.

Im Rückblick betrachtet, konnte sich Syrien aus seiner äußerst diffizilen Lage, die 2005 sogar die Position Bashar al-Asads in Frage gestellt hatte, außenpolitisch befreien. Zwar blieb sein „Pariastatus“ in den Augen der USA und partiell auch der EU zunächst weiter bestehen, aber die regionalpolitische Dynamik nach 2006 ermöglichte Syrien einen deutlichen Einflussgewinn im Nahen Osten, der externe Einmischungen erschwerte und sukzessive zu einem graduellen westlichen Wahrnehmungswandel Syriens als möglichen Partner führte.

3 Regionaler Aufstieg nach 2006

Syriens regionalpolitischer Wiederaufstieg im Nahen Osten ist das Resultat der für Damaskus vorteilhaften Entwicklungen der Konflikte im Irak, Libanon und in Palästina.

Im Irak kam die Gewalteskalation, die im Februar 2006 im Bombenanschlag auf die Askari-Moschee in Samarra gipfelte, Syrien insofern entgegen, als dass sie das Gewaltpotenzial konfessionalistischer Konflikte im Nahen Osten verdeutlichte. Dies wirkte abschreckend gegen eine externe Intervention in Syrien, das zum einen sozialstrukturell von einer Vielzahl konfessioneller und ethnischer Trennlinien gekennzeichnet ist und zudem von allen Staaten die deutlich größte Anzahl irakischer Flüchtlinge aufgenommen hatte. Im Gegensatz zur Gewalteskalation im Irak und trotz der irakischen Flüchtlinge konnte sich Syrien so als „Insel der Stabilität“ präsentieren. Syrien profitierte zugleich von der Regierungsübernahme im Irak durch die schiitisch-kurdische Allianz unter Ministerpräsident Nuri al-Maliki (bis März 2010), durch die sich insbesondere auch die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen entscheidend verbesserten (ICG 2009b: 15-17).

Im Libanon gelang Syrien nach der immensen Schwächung 2004/5 ab 2006 ein politisches Comeback auf indirektem Wege: durch den deutlichen Einflussgewinn der Hizballah. Der Libanonkrieg im Juli/August 2006 hatte zwar circa 1.200 Tote sowie die massive Zerstörung der zivilen Infrastruktur und die deutliche militärische Schwächung der Hizballah zur Folge; die islamistische Partei ging jedoch als politische Siegerin aus dem asymmetrischen Krieg mit Israel hervor. Insbesondere der Generalsekretär der Hizballah, Hasan Nasrallah, erwarb durch seine Widerstandshaltung in den arabischen Gesellschaften große Sympathien. Und während die enge Assoziation von Asad mit Nasrallah in der *muqawama*-Allianz auch die Position Syriens im Nahen Osten nachhaltig stärkte, waren die pro-westlichen Regierungen in Ägypten, Jordanien und Saudi-Arabien, die die israelischen Angriffe toleriert und teilweise sogar gut geheißen hatten, weithin delegitimiert. Insgesamt pointierte der Libanonkrieg 2006 einen „neuen arabischen Kalten Krieg“ (Valbjørn/Bank 2007), in dem sich Syrien im Lager der erfolgreichen Herausforderer des von Israel, Ägypten und Saudi-Arabien vertretenen Status Quo im Nahen Osten etabliert hatte.

Die libanesische Innenpolitik wurde nach dem Krieg 2006 von einer langen Phase des Tauziehens über die Frage des neuen Präsidenten geprägt, die erst mit dem von Katar vermittelten Doha-Abkommen vom 21. Mai 2008 beendet wurde. Durch den Kompromisskandidaten Michel Sulaiman blieben dabei die syrischen Interessen ebenso gewahrt wie durch die Etablierung einer Regierung der nationalen Einheit im Libanon im Juli 2008, da hier die Beteiligung von Hizballah und Aoun eine Syrien freundlich gesinnte Vetomacht sicherstellte. Trotz der Schwächung der Hizballah bei den libanesischen Parlamentswahlen im Mai 2009 und der neuen Regierung unter Sa'd Hariri (seit November 2009) blieb der syrische Einfluss durch die Regierungsbeteiligung und somit die Vetomacht seiner Verbündeten weiter bestehen. Die Annäherungsversuche der vormals zentralen anti-syrischen Kräfte im Libanon, Ministerpräsident Hariri und Drusenführer Walid Jumblatt, an Damaskus seit Ende 2009 verdeutlichen so die nicht zu ignorierende Rolle Syriens im Libanon.

Außer im Irak und dem Libanon konnte Syrien regionalpolitisch auch von den Entwicklungen in Palästina seit 2006 profitieren. Bei den Parlamentswahlen vom Januar 2006 hatte die islamis-

tische und pro-syrische Hamas die absolute Mehrheit errungen. Die guten Verbindungen zur Hamas, die sich u.a. in der Etablierung ihrer Auslandsbüros in Damaskus 1999 zeigten, eröffneten Syrien größere Möglichkeiten der Einflussnahme auf die palästinensische Innenpolitik. Nach der anfänglichen Konflikteskalation zwischen der Fatah-kontrollierten Palästinensischen Autoritätsbehörde (PA) und der Hamas beteiligte sich Syrien an den Vermittlungsversuchen unter saudischer Führung: Im Februar 2007 wurde so das Mekka-Abkommen verabschiedet, das eine palästinensische Einheitsregierung vorsah und zu einer Stärkung der palästinensischen Position gegenüber Israel beitragen sollte. Als die Einheitsregierung jedoch bereits im Juni 2007 wieder zusammenbrach und sich in Folge der Gewalteskalation vom Juni eine de facto-Zweiteilung der palästinensischen Gebiete in das von der PA kontrollierte Westjordanland und in den von der Hamas dominierten Gazastreifen ergab, unterstützte Syrien die Israel-kritischere Hamas. Diese regionalpolitische Widerstandshaltung nahm Syrien auch während des Gazakriegs 2008/9 ein und die syrische Fürsprache zugunsten der Hamas deckte sich damals mit der Sichtweise großer Teile der arabisch-islamischen Öffentlichkeit.

Zusammenfassend betrachtet, erklären die für Syrien günstigen Entwicklungen in den Zentralkonflikten Irak, Libanon und Palästina den deutlichen Einflussgewinn des Landes im Nahen Osten nach 2006. Dieser ist dabei eng mit dem regionalpolitischen Bedeutungszuwachs Irans verknüpft, das ebenfalls von allen drei Konfliktkontexten profitieren und sich bis zu den inneriranischen Auseinandersetzungen im Juni 2009 als Proto-Regionalmacht im Nahen Osten etablieren konnte.

4 Diversifizierung syrischer Allianzen

Seit 2006 versucht Syrien aktiv, seine Allianzen und zwischenstaatlichen Beziehungen im Nahen Osten zu erweitern. Nachdem Bashar al-Asad in der Anfangsphase seiner Herrschaft von 2000 bis 2002 bereits auf eine kurzfristige Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu Ägypten, dem Irak, Jordanien, Saudi-Arabien und der Türkei hingearbeitet hatte, waren diese Annäherungen durch die Krisenjahre 2004 und 2005 wieder weitgehend obsolet geworden.

Die offensichtlichste Neuerung der syrischen Allianzpolitik seit 2006 hat sich dabei in Bezug auf die *Türkei* ergeben. Die immense Dynamik, die die bilateralen Beziehungen zwischen Damaskus und Ankara prägt, geht dabei von syrischer Seite auf das Interesse an türkischen Direktinvestitionen, am großen türkischen Markt für syrische Exporte sowie an einer fairen und regelmäßigen Wasserversorgung durch den Euphrat zurück (Lawson 2009: 195 ff.). Diese wirtschaftspolitischen Interessen Syriens am „großen Nachbarn“ im Norden korrelieren auf Seiten der Türkei unter der AKP-Regierung von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan mit einer außenpolitischen Neuausrichtung auf den Nahen Osten. Diese zeigt sich neben der ökonomischen Verflechtung, in der Syrien eine zentrale Rolle zukommt, vor allem in einem deutlich gestiegenen diplomatischen Engagement der Türkei in der Region. War die Türkei bereits am Rande an den innerpalästinensischen und innerlibanesischen Konfliktlösungsversuchen 2007/8 beteiligt, so markiert erst die Rolle als Vermittlerin in den indirekten israelisch-syrischen Friedensverhandlungen, die im Mai 2008 offiziell bekannt gegeben wurden, ihren Durchbruch als neue, einflussreiche Akteurin im Nahen Osten. Als durch den Gazakrieg 2008/9 das vormals kooperative israelisch-türkische Verhältnis nachhaltig Schaden erlitt, der durch den israelischen Angriff auf die türkischen Schiffe der Gaza-Flotte am 31. Mai 2010 seinen (vorläufigen) negativen Höhepunkt erreichte, wandte sich Ankara stärker den Israel-kritischen Kräften in der Region zu. Das Ende der israelisch-syrischen Verhandlungen führte seit Anfang 2009 zu einer weiteren syrisch-türkischen Annäherung und zu Regelungen über eine beiderseitige Visafreiheit sowie zu weiteren Wirtschaftsabkommen, unter anderem im Energiesektor. Durch den deutlichen Niedergang der türkisch-israelischen Beziehungen seit dem Gazakrieg kommt den syrisch-türkischen Beziehungen Mitte 2010 fast schon die Qualität einer strategischen Partnerschaft zu.

Im Vergleich zur Türkei ist das Verhältnis Syriens zu *Saudi-Arabien* grundsätzlich anders strukturiert. Hatten in den 1990er Jahren noch enge, kooperative Beziehungen zwischen Damaskus und Riad bestanden, so erreichten die bilateralen Beziehungen durch den saudischen Vorwurf der syrischen Verantwortung für die Hariri-Ermordung im Februar 2005 sowie durch die saudische Kritik an der pro-syrischen Hizballah zu Beginn des

Libanonkrieges im Juli 2006 ihren Tiefpunkt. Erst in Folge des regionalpolitischen Bedeutungszuwachses der *muqawama*-Allianz ab Sommer 2006 und des Einflussgewinns Syriens im Nahen Osten näherten sich Damaskus und Riad ab 2007 wieder an. War die syrische Beteiligung beim Mekka-Abkommen zwischen der palästinensischen Fatah und der Hamas im Februar 2007 hierfür ein erstes Zeichen, so kam es nach 2007 zu regelmäßigen saudisch-syrischen Verhandlungen über die Frage der Regierungsbildung im Libanon; im November 2009 wurde schließlich eine für beide Seiten günstige Kompromisslösung mit der Regierung der nationalen Einheit unter dem pro-saudischen Ministerpräsidenten Sa'd Hariri gefunden, bei der pro-syrische Kräfte zugleich Vetomacht ausüben können. Die Herausbildung zunehmend pragmatischer Beziehungen zwischen Damaskus und Riad zeigt sich auch in der syrischen Unterstützung der saudischen Position im Krieg zwischen den Huthi-Rebellen und dem jemenitischen Militär an der Südgrenze Saudi-Arabiens, in dem Syrien deutlich gegen seinen traditionellen Verbündeten Iran Stellung bezieht.

Syrien ist es gelungen, seinen regionalen Einfluss- und Autonomiegewinn nach 2006 in die Diversifizierung seiner Allianzen und die Verbesserung zwischenstaatlicher Beziehungen im Nahen Osten umzumünzen. Dies zeigt sich erstens und am deutlichsten im wirtschaftspolitischen wie diplomatischen Ausbau der Verbindungen zur neuen potenziellen Regionalmacht im Nahen Osten, der Türkei. Zweitens hat Syrien seit den Krisen Jahren 2004 und 2005 wieder pragmatische Beziehungen zu Saudi-Arabien aufgebaut, die insbesondere für eine Koordination der Positionen im Libanon und in Palästina von zentraler Bedeutung sind und bleiben werden. Darüber hinaus ist es Syrien gelungen, verbesserte Beziehungen zu Katar, einem weiteren neuen arabischen Konfliktmediator, sowie zum Nachbarn Jordanien zu etablieren. Aus syrischer Sicht sind so aktuell gegenüber den arabischen Staaten einzig die bilateralen Beziehungen zu Ägypten als schwierig einzustufen.

5 Vom „Paria“ zum Partner?

Im Nahen Osten nimmt Syrien unter Bashar al-Asad gegenwärtig eine bedeutende Stellung ein, weil es gute, kooperative Beziehungen zu den einflussreichen Akteuren Türkei, Saudi-Arabien und

Katar unterhält, ohne dass hierunter die schon länger bestehende Allianz mit Iran, der Hizballah und der Hamas substanziell gelitten hat. Diese Vielfalt an Verbindungen erlaubt es Syrien, seine traditionelle außenpolitische Strategie des Ausbalancierens gegen externe Einflussnahme flexibel einzusetzen und gleichzeitig seinen Widerstandsdiskurs fortzuführen, der sich aktuell primär gegen die israelische Likud-Regierung richtet und der sowohl innersyrisch als auch in der arabisch-islamischen Welt unterstützt wird. Zudem hat es der Autonomiegewinn seit 2006 Syrien erlaubt, sich situationspezifisch gegenüber dem Westen zu öffnen, was sich an der Teilnahme an der Annapolis-Konferenz im November 2007, den indirekten Friedensverhandlungen mit Israel bis zum Beginn des Gazakrieges Ende 2008 sowie an den pragmatischeren Beziehungen zum pro-westlichen Saudi-Arabien offenbart.

Der regionalpolitische Wandel im Nahen Osten seit 2006 hat zusammen mit den deutlichen Verschiebungen in den außenpolitischen Ausrichtungen in den USA (von der Bush- zur Obama-Administration) sowie innerhalb der EU (vor allem vom französischen Präsidenten Chirac zu Sarkozy) auch die vorherrschende westliche Sichtweise auf Syrien unter Bashar al-Asad verändert: Obwohl das Bild von Syrien als politischem „Paria“ in Teilen der USA und der EU fortbesteht, hat sich seit 2008/9 nach und nach die Vorstellung durchgesetzt, dass Syrien im heutigen Nahen Osten ein weithin unerlässlicher Akteur ist, der insbesondere in den zentralen Regionalkonflikten Palästina, Libanon und Irak eine konstruktive Lösung spielen und ein wichtiger Partner des Westens werden könnte. Mehr noch: Aufgrund seiner ökonomischen Außenabhängigkeit und relativen Flexibilität könnte im Nahen Osten vor allem Syrien durch eine Strategie des Engagements zu einem grundlegenden Politikwechsel animiert werden. Dies begründet sich mit der Annahme, dass Syrien aus der *muqawama*-Allianz „herausgelöst“ und dadurch die regionalpolitische Dynamik entscheidend in Richtung westlicher Interessen verändert werden könnte.

Diese strategische Perspektive, die in der EU von Sarkozy und in den USA von Obama vertreten wird, geht zurecht davon aus, dass Syrien unter Bashar al-Asad gegenwärtig eine zentrale, ernstzunehmende Position im Nahen Osten zukommt, sieht sich jedoch mit immensen Schwierigkeiten bei der Umsetzung einer Annahme von Syrien

als verlässlichen Partner konfrontiert. Innerhalb der USA und der EU gibt es nach wie vor große Vorbehalte gegenüber Syrien, wie sich an der widersprüchlichen US-Politik gegenüber Damaskus zeigt: Auf die offizielle Bekanntgabe der erstmaligen Entsendung eines US-Botschafters nach Damaskus seit 2005 im März 2010, die als deutlicher Schritt zur Normalisierung der bilateralen Beziehungen zu sehen ist, folgte im Mai 2010 die Verlängerung der US-Sanktionen gegen Syrien durch den amerikanischen Kongress. Dieser wenig kohärente und zudem teils sehr harsche Politikan-satz stößt innerhalb Syriens auf große Skepsis. Bashar al-Asad kann sich außerdem nicht sicher sein, welche konkreten Vorteile Syrien aus einer grundlegenden außenpolitischen Neuausrichtung im Nahen Osten ziehen könnte. Schließlich ist Syrien aufgrund der regionalpolitischen Verschiebungen im Nahen Osten, die durch den Einfluss-gewinn der Türkei sowie die weitere Schwächung Ägyptens gekennzeichnet sind, aktuell deutlich weniger auf enge Beziehungen zum Westen angewiesen. Zumindest kurzfristig sieht Damas-kus seine bevorzugten Partner vor allem in Anka-ra und Teheran und weniger in Washington, Pa-ris oder Kairo.

Literatur

- Hinnebusch, Raymond A. (2010), Syria under Bas-har: Between Economic Reform and Nationalist Realpolitik, in: Raymond A. Hinnebusch (Hrsg.), *Syrian Foreign Policy and the United States. From Bush to Obama*, Boulder: Lynne Rienner, 3-26.
- International Crisis Group (ICG)(2009a), *Reshuff-ling the Cards? (I): Syria's Evolving Strategy*, Middle East Report Nr. 92, 14. Dezember.
- International Crisis Group (ICG)(2009b), *Reshuff-ling the Cards? (II): Syria's New Hand*, Middle East Report Nr. 93, 16. Dezember.
- Lawson, Fred H. (2009), The Beginning of a Beau-tiful Friendship: Syrian-Turkish relations since 1998, in: Fred H. Lawson (Hrsg.), *Demystifying Syria*, London: Saqi, 180-205.
- Mohns, Erik und Francesco Cavatorta (2010), "Yes, He Can": A Reappraisal of Syrian Foreign Poli-cy under Bashar al-Asad, *Mediterranean Politics*, 15, 1, 289-298.
- Salloukh, Bassel (2009), Demystifying Syrian Fo-foreign Policy under Bashar al-Asad, in: Fred H. Lawson (Hrsg.), *Demystifying Syria*, London: Saqi, 159-174.
- Valbjørn, Morten und André Bank (2007), Signs of a New Arab Cold War: The 2006 Lebanon War and the Sunni-Shi'i Divide, in: *Middle East Re-port*, 242, 6-11.

■ Der Autor

André Bank, M.A., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA Institut für Nahost-Studien (IMES). Arbeitsschwerpunkte: Autoritarismus, Staatlichkeit, Außenpolitik und regionale Konflikte im Nahen Osten.

E-Mail: bank@giga-hamburg.de; Website: <http://staff.giga-hamburg.de/bank>.

■ GIGA-Forschung zum Thema

Aktuell wird die Außenpolitik nahöstlicher Staaten in drei Forschungsschwerpunkten behandelt: Erstens wird im FSP 1 „Legitimität und Effizienz politischer Systeme“ im Forschungsteam „Persistenz und Wandel nicht-demokratischer Regime“ die *output*-Dimension autoritärer Staaten in ausgewählten Politikfeldern, wie der Außenpolitik, analysiert. Zweitens werden im FSP 2 „Gewalt und Sicherheit“ im Forschungsteam „Kriegs- und Friedensprozesse“ die Entwicklungen im Nahostkonflikt und im Forschungsteam „Sanktionen“ die Reaktionsmuster so genannter Pariastaaten untersucht. Drittens werden die Potenziale und Grenzen des Entstehens neuer regionaler Führungsmächte im Rahmen des Forschungsteams „Macht, Führung und regionale Ordnung“ im FSP 4 „Macht, Normen und Governance in den internationalen Beziehungen“ in den Blick genommen.

■ GIGA-Publikationen zum Thema

Bank, André und Morten Valbjørn (2009), *Ein Jahr nach dem Gazakrieg: ist der Nahe Osten noch arabisch?*, GIGA Focus Nahost, 12, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Beck, Martin (2006), „Pariastaat“ Syrien: Zwischen externem Druck und internem Beharrungsvermögen, GIGA Focus Nahost, 7, online: <www.giga-hamburg.de/giga-focus/nahost>.

Beck, Martin (2010), Israel. Regional Politics in a Highly Fragmented Region, in: Daniel Flemer (Hrsg.), *Regional Leadership in the Global System. Ideas, Interests and Strategies of Regional Powers*, Aldershot: Ashgate, 127-150.

Büchs, Annette (2009), *The Resilience of Authoritarianism in Syria under Hafez and Bashar al-Asad*, GIGA Working Paper, 97, online: <www.giga-hamburg.de/workingpapers>.

Fürtig, Henner (2008), The Mechanisms of Power-Balancing in the Persian Gulf: Internal Factors – Regional Orders, in: Markus Kaim (Hrsg.), *Great Powers and Regional Orders. The United States and the Persian Gulf*, Aldershot: Ashgate, 121-141.



Der GIGA *Focus* ist eine Open-Access-Publikation. Sie kann kostenfrei im Netz gelesen und heruntergeladen werden unter <www.giga-hamburg.de/giga-focus> und darf gemäß den Bedingungen der *Creative-Commons-Lizenz Attribution-No Derivative Works 3.0* <<http://creativecommons.org/licenses/by-nd/3.0/de/deed.en>> frei vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Dies umfasst insbesondere: korrekte Angabe der Erstveröffentlichung als GIGA *Focus*, keine Bearbeitung oder Kürzung.



Das GIGA German Institute of Global and Area Studies – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost und zu globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Nahost wird vom GIGA Institut für Nahost-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretenen Auffassungen stellen die der Autoren und nicht unbedingt die des Instituts dar. Die Autoren sind für den Inhalt ihrer Beiträge verantwortlich. Irrtümer und Auslassungen bleiben vorbehalten. Das GIGA und die Autoren haften nicht für Richtigkeit und Vollständigkeit oder für Konsequenzen, die sich aus der Nutzung der bereitgestellten Informationen ergeben. Wurde in den Texten für Personen und Funktionen die männliche Form gewählt, ist die weibliche Form stets mitgedacht.

Redaktion: Henner Fürtig; Gesamtverantwortliche der Reihe: Hanspeter Mattes und André Bank;

Lektorat: Silvia Bücke; Kontakt: <giga-focus@giga-hamburg.de>; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

G I G A *Focus*
German  Institute of Global and Area Studies
Institut für Nahost-Studien

IMPRESSUM